

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

132 (9.6.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Ercheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzelle 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Samstag, den 9. Juni 1951

9tr. 132

Helgoland-Ausschuß berufen

Andere Inseln als Ersatz
Kiel (ZSH). Der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Pagel berief einen aus elf Helgoländern bestehenden Ausschuß und bestellte den Leiter des Helgolandbüros in Pinneberg, Henry Peter Rickmers, zu seinem Vertrauensmann. Der Helgoland-Ausschuß soll bei allen Maßnahmen für den Wiederaufbau der Insel beratend gehört werden.

Dem Vernehmen nach hat der britische Hochkommissar dem Bundeskanzler vorgeschlagen, zwei andere Nordsee-Inseln als Bombenziele für die britische Luftwaffe zur Verfügung zu stellen. Um welche Inseln es sich handeln soll, war nicht in Erfahrung zu bringen. Es verlautet jedoch, Sir Ivone Kirkpatrick habe im Fall der Annahme seiner Anregung die baldige Freigabe Helgolands in Aussicht gestellt.

Bartram und Schröter traten zurück

Kiel (UP). Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Walter Bartram hat sich nach einer längeren Aussprache mit Bundeskanzler Dr. Adenauer bereit erklärt, sein Amt als Ministerpräsident zur Verfügung zu stellen und so eine Klärung innerhalb der CDU Schleswig-Holsteins zu ermöglichen. Dr. Carl Schröter hat aus dem gleichen Grunde sein Amt als Landesvorsitzender der CDU niedergelegt. Bartram und Schröter hatten sich gegenseitig in Ehrengerichtungsverfahren parteischiedendes Verhalten vorgeworfen.

Hedler bleibt in Haft

Der Bundestagsabgeordnete Hedler wurde am Freitag in Kiel dem Gericht vorgeführt. Sein Verteidiger erklärte, es gehe jetzt nicht mehr um die Person Hedlers, sondern um die Frage der Unabhängigkeit des Gerichts überhaupt. Der Freispruch von Neumünster sei seiner Meinung nach unter Druck der Straße als Folge der Massendemonstration im Februar 1950 aufgehoben worden. Das Gericht lehnte die Forderung des Verteidigers ab, den Haftbefehl aufzuheben. Es beschloß jedoch, bis zur neuen Verhandlung am Montag den Angeklagten auf seine Verhandlungsfähigkeit untersuchen zu lassen.

Der Staatsbesuch König Haakons in Großbritannien ist beendet. Er wird sich jedoch noch zehn Tage privat in England aufhalten.

Ein zweimotoriges Verkehrsflugzeug der jugoslawischen Luftverkehrsgesellschaft "JAT" mußte in der Nähe von Augsburg brennend notlanden. An Bord befanden sich 5 Besatzungsmitglieder und 14 Fluggäste. Zwei Mann der Besatzung wurden leicht verletzt.

Sonderumsatzsteuer abgelehnt

Pfizer wurde Bundesratsdirektor - Teuerungszulagen verschoben

Bonn (UP). Oberregierungsrat Dr. Albert Pfizer (Württemberg-Hohenzollern) wurde einstimmig zum neuen Direktor des Bundesrates gewählt. Er tritt die Nachfolge von Dr. Katzenberger an, der zum Gesandten in Dublin ernannt wurde.

Der Bundesrat lehnte den Gesetzentwurf für die Einführung einer Sonderumsatzsteuer gegen die Stimme des Landes Bremen in erster Lesung ab, weil die Bundesregierung nicht mehr hinter der Vorlage stehe. Staatssekretär Hartmann vom Bundesfinanzministerium erklärte hierzu, daß der Gesetzentwurf in wesentlichen Punkten umgearbeitet werden soll.

Dagegen verabschiedete der Bundesrat ein Zustimmungsgesetz zur Förderung des Bergarbeiter-Wohnungsbau, das die Zahlung einer Abgabe in Höhe von einer DM je Tonne Kohle durch die Unternehmen des Kohlenbergbaus vorsieht. Die Mittel sollen für die Errichtung von Wohnungen für die Arbeiter im Stein- und Braunkohlenbergbau verwendet werden.

Der Bundesrat beschloß ferner, das neue Einkommensteuergesetz an den Vermittlungsausschuß zu leiten, der einen formalen Irrtum des Bundestages beheben soll, der im Zusammenhang mit den neuen Bestimmungen über die gemeinsame steuerliche Verantwortung von Eheleuten aufgetreten ist. Während der Bundesfinanzminister in jedem Falle die gemeinsame Verantwortung beider Ehepartner gefordert hatte, setzte der Bundestag auf Antrag der SPD ein Minimaleinkommen von DM 600.— fest. Die Antragsteller hatten dabei natürlich an das Mindesteinkommen gedacht, indes hinterher das Bundesfinanzministerium feststellte, daß es sich um die Jahresveranlagung handele, bei der ein Einkommen von DM 600.— ohnedies nicht herangezogen werde.

Außerdem lehnte der Bundesrat die Beibehaltung des Paragraphen ab, der die Selbstfinanzierung durch bevorzugte Abschreibungen bei Investitionen zum Inhalt hat. Nach Ansicht des Bundesrates soll auch die Bestimmung in Fortfall kommen, nach der die Einkommensteuerpflichtiger wie ein Körperschaftsteuer-Pflichtiger behandelt werden kann.

Über das Teuerungszulagen-Gesetz wurde eine Entscheidung noch nicht getroffen, um den Länderkabinetten nochmals die Möglich-

Ziviler Luftschutz wird vorbereitet

Pläne des Innenministeriums fertig - Militärbesprechungen mit den Alliierten vor dem Ausschuß

Bonn (UP). Das Bundesinnenministerium hat umfassende Pläne für einen zivilen Luftschutz in der Bundesrepublik ausgearbeitet. Ihr Inhalt müsse jedoch solange geheim gehalten werden, bis die Hochkommission ihre Zustimmung gegeben hat.

Die Bundesrepublik ist der einzige europäische Staat, der noch nicht über einen zivilen Luftschutz verfügt. Auf einer Konferenz der Länderinnenminister unter Vorsitz von Dr. Lehr wurde beschlossen, daß der gesamte zivile Luftschutz Aufgabe der Bundesregierung sei und vom Bundesinnenministerium zentral betreut werden müsse. Ein Luftschutzmerkmal soll der Öffentlichkeit Aufschluß über alle neuzeitlichen Schutzmöglichkeiten geben.

Die deutsch-alliierten Vorbereitungen über die technischen Möglichkeiten eines deutschen militärischen Verteidigungsbeitrags werden voraussichtlich in der kommenden Woche abgeschlossen, verlautet von unterrichteter Seite in Bonn. Die Sachverständigen der Alliierten werden ihren Regierungen einen Bericht über den Inhalt der seit Beginn des Jahres laufenden Beratungen vorlegen, der aber von den deutschen Delegierten nicht unterzeichnet wurde, weil diese keinen parlamentarischen Auftrag hatten, sondern nur als Experten tätig waren.

Der Inhalt des Berichts ist offiziell noch nicht bekannt geworden. In unterrichteten Kreisen nimmt man jedoch an, daß die Kommission wahrscheinlich die ursprünglich vorgesehene Gliederung deutscher Verbände in Kampfgruppen ablehnen und sich für die Aufstellung von Divisionen einsetzen werde. Ein Teil der Berechnungen soll von der Annahme

ausgegangen sein, daß um zunoeresrepublik etwa zwölf Divisionen bilden werde. Darüber hinaus enthält der Bericht vermutlich Angaben über die Möglichkeiten eines deutschen Beitrags zur Stärkung der westlichen Luftverteidigung — einschließlich der Aufstellung taktischer Luftwaffenverbände und des zivilen Luftschutzes sowie der Luftabwehr. Auch Anregungen zur Bildung deutscher Küstenwacheinheiten sollen gegeben sein.

Keine baldige Entscheidung

Von unterrichteter amerikanischer Seite verlautet, daß kaum innerhalb des nächsten Vierteljahres eine Entscheidung über Art und Umfang des deutschen Verteidigungsbeitrags fallen dürfte. Hierfür seien drei Gründe maßgebend. Zunächst wisse niemand, wie sich die künftige französische Regierung nach den Parlamentswahlen zusammensetzen werde, zum anderen seien die deutsch-alliierten Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatus und die Schaffung der notwendigen politischen Voraussetzungen für einen aktiven deutschen Verteidigungsbeitrag noch im Anfangsstadium. Schließlich sei zu bedenken, daß der Bericht der deutsch-alliierten Militärkommission nicht nur von den Regierungen in London, Washington und Paris, sondern auch auf der nächsten Sitzung des Atlantikpakt-Bates Ende Juli geprüft werden müsse. Zweifellos würde der Abschlußbericht Diskussionen auslösen, da man „auf Grund verschiedener Informationen“ wohl nicht fehl in der Annahme gehe, daß sich die von den Sachverständigen dargelegten militärischen Möglichkeiten Deutschlands in einigen Punkten von den Vorstellungen der Atlantikpakt-Staaten unterscheiden.

Vier Abgeordnete sollen zurücktreten

Konsequenzen der „Spiegel“-Untersuchung - Umsatzsteuer-Gesetz am 30. Juni in Kraft

Bonn (UP). Mit großer Mehrheit empfahl der Bundestag den Abgeordneten Hermann Aumer (unabhängig), Ludwig Volkholz (BP), Anton von Arelin (BP) und Wilhelm Schmidt (WAV), ihre Mandate niederzulegen.

Die Abgeordneten waren in dem vom Parlament gebilligten Bericht des sogenannten „Spiegel“-Ausschusses beschuldigt worden, wissentlich falsche Aussagen gemacht zu haben. Ein SPD-Antrag, den Bundesfinanzminister zum Rücktritt aufzufordern, wurde abgelehnt.

keit zu einer eingehenden Erörterung zu geben. Der Bundesrat stimmte schließlich der Aufhebung der Kriegsvorschriften zu. Hiermit ist das letzte rechtliche Hindernis beseitigt, das einer Aufhebung des Kriegszustandes mit der Bundesrepublik auf deutscher Seite im Wege stand.

Die Geschäftsordnung des Kabinetts

In der Geschäftsordnung der Bundesregierung, die kürzlich vom Bundespräsidenten unterzeichnet worden ist, werden die Befugnisse und Zuständigkeiten des Bundeskanzlers als Kabinettschef im Sinne des Artikels 65 des Grundgesetzes geregelt. In ihm wurde festgelegt, daß der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, nach denen jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung leitet.

Nach der Geschäftsordnung bestimmt der Bundeskanzler die Zahl und den Geschäftsbereich der Bundesministerien. Die Ministerien müssen den Kanzler über ihre Pläne und Maßnahmen laufend unterrichten. In Zweifelsfällen oder bei Streitfragen muß seine Entscheidung eingeholt werden. Das Kabinett arbeitet in der Form eines echten, wenn auch beschränkten „Kollegialsystems“, dessen einfache Mehrheit bei Kabinettsbestimmungen entscheidend ist. Der Bundespräsident muß vom Bundeskanzler laufend über die Politik der Bundesregierung unterrichtet werden. Der Präsident wirkt auch bei der Berufung oder Entlassung höherer Bundesbeamter mit.

Alle Äußerungen der Bundesminister in der Öffentlichkeit müssen mit den vom Bundeskanzler bestimmten Richtlinien der Politik übereinstimmen. Verhandlungen mit dem Ausland führt der Außenminister. Andere Ministerien — mit Ausnahme des ERP-Ministeriums — bedürfen hierzu der besonderen Genehmigung des Kanzlers. Sind Bundesminister längere Zeit von Bonn abwesend, muß der Kanzler seine Einwilligung geben. An den Kabinettsitzungen nehmen außer den Bundesministern der Chef des Bundespräsidialamtes, der Bundespressesekretär, der persönliche Referent des Bundeskanzlers, sowie der Schriftführer teil. Das Kabinett ist beschlußfähig, wenn die Hälfte der Minister anwesend ist. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Die beiden Abgeordneten der Bayernpartei Anton von Arelin und Ludwig Volkholz teilten nach der Bundestagsitzung der Presse mit, sie würden ihre Mandate nicht niederlegen. Die „Empfehlung“ des Parlaments sei im Wesentlichen aus parteipolitischen Gründen zustande gekommen. Beide Abgeordnete haben bekanntlich bei der Bonner Staatsanwaltschaft Anzeige gegen sich selbst erstattet, um die angebliche Unrichtigkeit der gegen sie erhobenen Vorwürfe der Eidesverletzung feststellen zu lassen.

Der Bundestag beschloß in dritter Lesung das Gesetz zur Änderung der Umsatz- und Beförderungsteuer. Danach wird die Umsatzsteuer von drei auf vier Prozent erhöht. Für bestimmte Grundnahrungsmittel bleibt der alte Satz von drei Prozent bestehen oder wird auf eineinhalb Prozent ermäßigt, um Preissteigerungen für diese Waren zu vermeiden. Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 30. Juni in Kraft. Gegen das Gesetz stimmten die SPD, das Zentrum, die KPD und die WAV.

Nach den Beschlüssen des Bundestages werden Frischmilch, Nahrungsfette, Zucker, Gries und Teigwaren von der Erhöhung der Umsatzsteuer ausgenommen. Für Getreide und daraus hergestellte Backwaren wird ein Steuersatz von nur 1½ Prozent festgesetzt. Ferner wurde die bisherige Zusatzsteuer für Großbetriebe, die sogenannte Warenhaussteuer, abgelehnt. Neben Verbänden der freien Wohlfahrtspflege werden aber künftig auch die öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser von der Umsatzsteuer befreit.

Ein Antrag der SPD, der sich gegen Teuerungszulagen von nur drei DM je Monat wendete, wurde an den zuständigen Ausschuß überwiesen. Der Antrag fordert, daß die Preise für lebenswichtige Nahrungsmittel auf dem gegenwärtigen Stand zu halten sind. Bei allen drei Punkten kritisierten die Sprecher der Opposition die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Von Regierungsseite wurde unterstrichen, daß die 1,2 Millionen DM Mehreinnahmen, die man sich aus der Umsatzsteuererhöhung verspricht, zur Deckung des Bundeshaushalts gebraucht werden.

Hilfe für Indien

Das Parlament billigte schließlich einen Antrag, die indische Bevölkerung durch Lieferung von Medikamenten und Hebel-Ambulatorien im Kampf gegen Hungerkatastrophen zu unterstützen. Die Bundesregierung soll entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Ferner verabschiedete der Bundestag das neue Zolltarifgesetz, wonach die spezifischen Zölle durch Wertzölle abgelöst werden.

Mehr Kohle für Hausbrand

Die Absicht der Bundesregierung, im dritten Vierteljahr 1951 für den Hausbrand die Kleinverbraucher mindestens 6 statt bisher 3,5 Millionen Tonnen Kohle freizumachen, wurde in Kreisen des Bundestages bestätigt. Im Bundeskohlenkommissariat wird darauf hingewiesen, daß an eine Kürzung der Kohlen-Zuteilung für andere Verbrauchergruppen nicht gedacht werde. Vielmehr sei zu hoffen, daß der Bundeskanzler mit seinen Bemühungen um eine Herabsetzung der Kohlenexportquote Erfolg haben werde.

Verderblicher Kreislauf

Von Dr. Hermann Keischle

Als die Stuttgarter Erwerbstätigen sich dieser Tage den Schlaf aus den Augen gerieben hatten und wie üblich in der letzten Sekunde ihrer Straßenbahnhaltestelle zuliefen, mußten sie feststellen, daß über Nacht ein Generalstreik der Straßenbahner ausgebrochen war. Mit vermutlich wenig freundlichen Gefühlen machten sie sich auf die Strümpfe, um doch noch irgendwie ihre Arbeitsplätze zu erreichen. Schließlich ist es kein Vergnügen, die weiten Wege von den Vororten herein zu Fuß zu machen, wo man normalerweise mit der Straßenbahn schon eine halbe bis eine Stunde benötigt. „Dies ist ein wilder Streik“, erklärte der Stuttgarter Oberbürgermeister, „und wir werden uns mit allen Mitteln dagegen wehren, uns von den Streikenden unter Druck setzen zu lassen.“ „Unsere Geduld ist zu Ende“, trumpften dagegen die kommunistisch durchsetzten Streikführer auf. „Wir lassen uns durch Hinziehen der Verhandlungen nicht an der Nase herumführen und werden diesen Streik auf unbestimmte Zeit fortsetzen.“ Die Hauptbetroffenen aber, die Stuttgarter Erwerbstätigen, die nicht auf andere Verkehrsmittel ausweichen können, werden sich ihre eigenen Gedanken darüber machen, daß wir nun wieder so weit sind, daß alle Räder stillstehen, „wenn Dein starker Arm es will.“

Auch unsere Hausfrauen machen mobil. Wenn die von den gesetzgebenden Organen der Bundesrepublik in monatlichen Verhandlungen beschlossenen Verbrauchserhöhungen für einige der wichtigsten Lebensmittel demnächst in Kraft treten sollten, dann wollen sie aus Protest in eine Art Verbraucherstreik treten. Nun wird dies Unternehmen ja nicht ganz leicht durchzuführen sein. Denn der Mensch kann vielleicht noch vorübergehend auf das Straßenbahnfahren verzichten, nicht aber auf die regelmäßige Einteilung seiner Mahlzeiten. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß unsere Hausfrauen — von der Frischmilch ganz abgesehen — solche Vorräte an Butter, Brot, Zucker usw. in ihren Speisekammern haben, daß sie auch nur auf einige Tage auf den Einkauf verzichten könnten. Ganz abgesehen davon, daß sie nie die Solidarität gewerkschaftlicher Organisationen aufbringen werden, einen totalen Einkaufstreik zu beginnen und durchzuhalten. Was man aber nicht mit Sicherheit durchhalten kann, soll man am besten nicht erst anfangen.

Zur sachlichen Seite der Angelegenheit wäre zu sagen, daß es ganz gewiß eine kaum erträgliche Belastung der Haushalte bedeuten wird, wenn die beabsichtigten Preissteigerungen unter gleichzeitigem Abbau der bisherigen Bundessubventionen durchgeführt werden. Auf der anderen Seite wird man aber kein Verständnis dafür aufbringen können, daß viele Hausfrauen ausgerechnet immer diejenigen Lebensmittel bevorzugen, welche verhältnismäßig teuer sind. Das ist z. B. nicht nur alle Jahre wieder bei den frühen Gemüsen, Kirschen, Erdbeeren usw. der Fall, sondern gerade in den letzten Tagen auch wieder bei dem relativ teureren Schweinefleisch. Die Pessimisten unter den Marktbeobachtern haben angesichts der im vergangenen Jahr überaus stark gestiegenen Schweinebestände für diesen Frühsommer aus Mangel an Futtermitteln einen „Schweinemord“ und in seinem Gefolge einen Preiszusammenbruch für Schweinefleisch vorausgesagt. In Wirklichkeit ziehen die in den vergangenen Wochen langsam herabgeglittenen Schweinepreise trotz dauernd starker Marktzufuhren bereits wieder an, weil eben der Konsum jede, aber auch jede Menge aufnimmt. Wie reimt sich dies mit der sinkenden Kaufkraft der Verbraucher zusammen? Man kann uns doch nicht weismachen wollen, daß der von den Statistikern auf ca. 250 DM monatlich veranschlagte „Normaleinkommensbezieher“ etwa in der Lage wäre, laufend Schweinefleisch zu kaufen. Die in der Bundesrepublik angeblich schon wieder vorhandenen 200 Millionen aber essen ganz gewiß nicht Millionen von Schweinen im Jahr auf!

Die nächsten, die sich mit Streikgedanken befassen, werden schätzungsweise die Bauern sein. Ihnen hat der Bundeskanzler schon vor Monaten im sogenannten Rhöndorfer Agrarprogramm die Angleichung ihrer Preise an die seit Korea gestiegenen Gesteinskosten und Arbeitslöhne versprochen. Seit Monaten geht nun das Taubeln um die Erfüllung dieses Versprechens. Noch bevor es durchgeführt ist, beginnen die Landarbeitergewerkschaften mit der Kündigung des am 1. April dieses Jahres in Kraft getretenen Lohnabkommens zum 1. Juli, um die Löhne erneut den noch nicht einmal erhöhten Preisen anzupassen. Werden die Löhne nicht erhöht, so werden wir vielleicht zur Erntezeit einen Landarbeiterstreik bekommen. Seine stiltliche

Berechtigung wird dann davon hergeleitet, daß die Landarbeiterlöhne noch nicht entfernt denen der gewerblichen Wirtschaft angeglichen sind. Die Folge davon ist wiederum die verschärfte Flucht aus der Landwirtschaft, die unter Umständen dazu führen wird, daß wir das Tempo unserer landwirtschaftlichen Erzeugungsteigerung nicht halten können. Von ihr aber wird, wie uns die Amerikaner neuerdings dauernd vorrechnen, im kommenden Jahre abhängen, inwieweit unser Brotkorb noch gefüllt sein wird.

So schließt sich der verderbliche Kreislauf, innerhalb dessen wir uns mit steigender Geschwindigkeit drehen. Wenn jeder Stand und jede Volksschicht glaubt, der Allgemeinheit mit Drohung und Streik eine Erfüllung von Sonderinteressen abtrotzen zu können, so werden wir uns bald im Kampf aller gegen alle befinden. Die überall feststellbaren Zeichen der Radikalisierung sollten Führende und Geführte schrecken!

Das Schicksal der deutschen Generale
Eine Bilanz des 2. Weltkrieges

Aachen (UP). Der Bezirksleiter des „Bundes ehemaliger Berufssoldaten“, der frühere Generalleutnant Poltmann in Aachen, hat fast vollständige Listen veröffentlicht, die der Klärung des Schicksals der deutschen Generäle dienen soll. Danach sind 739 deutsche Offiziere im Generalsrang des Heeres, der Luftwaffe und der Marine, darunter 14 Feldmarschälle, 23 Generalobersten und Generaladmirale, 118 kommandierende Generale und Admirale, 230 Generalleutnante und Vizeadmirale sowie 354 Generalmajore und Konteradmirale im zweiten Weltkrieg gefallen, vermißt, tödlich verunglückt, in den Feind geangenen oder von deutschen oder alliierten Stellen hingerichtet worden.

241 Offiziere im Generalsrang, davon 216 des Heeres, 19 der Luftwaffe und 6 der Marine, sind gefallen.

42 Generale, vom Heer 27, Luftwaffe 13, Marine 3 sind tödlich verunglückt, 79 Generale, davon 53 des Heeres, 15 der Luftwaffe und 11 der Marine, gingen in den Feind. 238 Angehörige der Generalität, darunter 184 Heer- und 36 Luftwaffengenerale, starben an Krankheiten.

Durch deutsche Stellen wurden insgesamt 23 Offiziere im Generalsrang hingerichtet, von denen 20 dem Heer, 2 der Luftwaffe und 1 der Marine angehörten. Von alliierten Gerichten wurden 40 Generale, davon 36 des Heeres und 4 der Luftwaffe exekutiert.

75 Generale, darunter 55 des Heeres, 9 der Luftwaffe und 11 der Marine, gelten als vermißt.

Große Radareinrichtung für Schweden

Stockholm (UP). In Schweden ist eine große Radareinrichtung aus den USA eingetroffen. Dadurch soll die Verteidigung Westeuropas einschließlich Dänemarks und Norwegens verstärkt werden. Der amerikanische Rat für die Staatssicherheit hatte schwedische Gesuche um Lieferung einer großen Radareinrichtung bereits zweimal abgelehnt. Schließlich wurde einem neuen Antrag doch stattgegeben, da Schweden der Sowjetunion am nächsten liegt und durch seine Radareinrichtung auch anderen nordeuropäischen Atlantikpakt-Staaten von Nutzen sein würde.

Argentinien lehnt Londons Protest ab

Buenos Aires (UP). Argentinien hat einen Protest der britischen Regierung gegen die Errichtung eines fünften Stützpunktes auf Grahamland (Antarktis) zurückgewiesen. In der diesbezüglichen Note wird erklärt: „Argentinien benötigt nicht die Erlaubnis irgend eines anderen Staates zur Errichtung von Stützpunkten“. Argentinien lehnte zur gleichen Zeit einen britischen Vorschlag, die Antarktisfrage dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu unterbreiten, mit Nachdruck ab.

Sowjetschiff ohne Geld und Kohle

Hongkong (UP). Der 6000 Tonnen große sowjetische Frachter „Murmanak“ ist in der britischen Kronkolonie „gestrandet“. Das Schiff hat keine Kohle mehr und besitzt auch kein Geld, um sich die für die Fortsetzung seiner Reise benötigten 230 Tonnen Kohle zu kaufen. Sowjetische Handelsstellen in Schanghai wurden telegrafisch aufgefordert, die erforderlichen Geldmittel bereitzustellen. Die „Murmanak“ kam aus Stettin und hat Düngemittel für die Mandschurei und für Japan geladen.



Neuer Bischof von Berlin
Papst Pius XII. hat den Magdeburger Weihbischof und erzbischöflichen Kommissar von Sachsen-Anhalt, Wilhelm Weskamm, als Nachfolger des verstorbenen Kardinals Graf Preysing zum Bischof von Berlin ernannt.

Neue Rätsel um vermißte Diplomaten

Spur in Paris - Wer ist der 3. Mann? - Besorgnis in Washington

London (UP). Die Polizei aller westeuropäischen Staaten fahndet zur Zeit nach den beiden vermißten hohen Beamten des britischen Außenministeriums, Donald MacLean und Guy Burgess. Über die bisherigen Ergebnisse der Suche wurde das britische Kabinett in einer Sondersitzung von der Scotland Yard unterrichtet.

Inzwischen sind drei Telegramme in London angekommen, die von Paris aus an die Frau sowie die Mutter von MacLean und an die Mutter von Burgess gesandt wurden. Eine Überprüfung der Handschriften am Aufgabort hat ergeben, daß sie mit denen der Vermißten nicht übereinstimmen. Das Geheimnis um das Verschwinden der beiden Regierungsbeamten wird also durch ein weiteres Rätsel verdunkelt: Wer ist der dritte Mann, der die Telegramme aufgab?

Die Telegramme MacLeans enthalten außer der Mitteilung: „Mußte unerwartet verreisen, kein Grund zur Sorge“ nur persönliche Angelegenheiten. Als Unterschrift wurde der Spitzname MacLeans verwendet, woraus geschlossen wird, daß das Telegramm bis auf die Handschrift authentisch ist. Das Tele-

gramm des vermißten Botschaftssekretärs Guy Burgess lautet: „Ich bedaure mein Schweigen stop, ich trete einen längeren Urlaub am Mittelmeer an stop bitte vergib mir stop.“

Das Gepäck der beiden Diplomaten wurde auf dem Kanaldampfer gefunden, mit dem sie nach Frankreich übersetzten. Aus dem Außenministerium sind keine Geheimakten verschwunden. Ein Sprecher des Ministeriums bestritt die Vermutung, daß politische Motive eine Rolle spielen. Inoffiziell wird jedoch zugegeben, daß die Möglichkeit einer Freiheitsberaubung oder anderweitiger dunkler Machenschaften nicht ausgeschlossen sei.

In Kreisen des US-Außenministeriums und des Geheimnachrichtendienstes wird dem Verschwinden von MacLean und Burgess ernste Bedeutung beigemessen. Es besteht kein Zweifel, wurde erklärt, daß die beiden Behörden bei der britischen Regierung auf den Ernst dieses Vorfalles hinweisen werden. Das Vertrauen des Außenministeriums gegenüber den Beamten des britischen Foreign Office sei schwer erschüttert worden. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der Fall im Kongreß zur Sprache gebracht.

Grandval gegen Volksentscheid an der Saar

Die Motive der französischen Saarpolitik - Interview des Hochkommissars

Paris (UP). Ein Volksentscheid an der Saar könne nur Verwirrungen in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich hervorrufen, erklärte der französische Hochkommissar für das Saarland, Gilbert Grandval, in einem Interview, das er der französischen Abendzeitung „Paris Presse“ gewährte. Von einem Volksentscheid könne auch keine Rede sein, „weder in der nächsten Woche, noch im nächsten Monat noch in einem Jahr oder später“, Grandval führte weiter aus, er sei der Überzeugung, daß ein Volksentscheid nicht zugunsten Deutschlands ausfallen werde. Das Saarland sei mit seinem Schicksal zufrieden. Dagegen glaube er, etwa 70 Prozent der saarländischen Bevölkerung würden sich für eine Autonomie der Saar und die wirtschaftliche Angliederung an Frankreich entscheiden.

Zum Schumanplan übergehend, meinte Grandval, daß gerade die Montanunion eine wirtschaftliche Angliederung der Saar an Frankreich notwendig mache. Der Saarbergbau sei das ausgleichende Element zwischen

den ausgleichenden des Schumanplans. Für den Fall, daß die Saar an Deutschland zurückfallen sollte, bestehe endgültig ein Mißverhältnis zwischen der deutschen und der französischen Kohle- und Stahlproduktion.

Frankreich werde in einem Friedensvertrag mit Deutschland die politische Autonomie des Saarlandes und seine wirtschaftliche Angliederung an Frankreich fordern. Für diesen Schritt werde Frankreich die Unterstützung der USA und Großbritanniens haben.

Arbeitsschutzgesetz im Saarland

Saarbrücken (UP). Der saarländische Landtag nahm gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Partei, der KP und der demokratischen Fraktion das Gesetz zum „Schutz des saarländischen Arbeitsmarktes“ an. Danach müssen alle Nichtsaarländer eine Arbeitserlaubnis haben, wenn sie nicht eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung besitzen oder nicht schon über zwei Jahre im Saarland wohnen. Das Gesetz betrifft fast alle der 25 000 nichtsaarländischen Arbeitnehmer, von denen neunzig Prozent Deutsche sind.

Unverhoffte Korea-Reise Marshalls

Neue Direktiven für Ridgway

Tokio (UP). Der amerikanische Verteidigungsminister Marshall flog unerwartet nach Japan und weiter nach Korea, wo er die Streitkräfte der UN an der Front besuchte und eine längere Besprechung mit den oberen militärischen Führern abhielt. Er wurde dabei von General Ridgway, dem Oberkommandierenden der Alliierten, und vom Kommandeur der 8. Armee, Generalleutnant van Fleet begleitet. Die plötzliche Fernost-Reise ging ohne vorherige Ankündigung vor sich. Sie wurde außerdem so lange als möglich geheim gehalten.

Nach seiner Rückkehr aus Korea sagte Marshall in Tokio, sein Besuch hänge ausschließlich mit militärischen Angelegenheiten zusammen und habe nichts mit einem etwa geplanten Waffenstillstand in Korea zu tun. Das US-Verteidigungsministerium weigerte sich, eine Erklärung herauszugeben. Unterrichtete Kreise halten es jedoch für möglich, daß Marshall nach Tokio geflogen ist, um Generalleutnant Ridgway neue Direktiven zu überbringen. Marshall selbst hat dies allerdings in Tokio abgestritten.

Frontverlauf unverändert

Streitkräfte der UN-Streitkräfte drängen in die letzten Verteidigungsstellungen der Kommunisten vor den schwerbefestigten Eckpfeilern des „eisernen Dreiecks“, Chorwon und Kumhwa, ein. In verzeifelten Abwehrmaßnahmen führten die chinesischen Kommunisten frische Bataillone an die bedrohten Stellen. Wesentliche Veränderungen am gesamten Frontverlauf ergaben sich nicht. — Die Gesamtverluste der Kommunisten seit Ausbruch des Koreakrieges werden einschließlich der Gefangenen von der 8. US-Armee auf 1,1 Millionen Mann geschätzt.

Gromyko schießt wieder scharf

Aber „Türe nicht zugeschlagen“ — Wiederholung alter Argumente

Paris (UP). Der Sowjetdelegierte auf der Pariser Vorkonferenz richtete auf der Preitagsitzung einen scharfen Angriff gegen den Westen und erklärte hierbei, die Reisen der US-Stabschefs nach Europa hätten jeden Zweifel darüber beseitigt, daß der Nordatlantikkpakt eine Organisation mit Aggressionscharakter sei. Trotzdem stellten sowohl der US-Delegierte Jessup wie auch der britische Vertreter Davies fest, daß die Sowjetunion die Tür für weitere Verhandlungen nicht gänzlich zugeschlagen habe.

Den ersten Teil der Sitzung nahm die Antwort der Westmächte auf die Note der Sowjetunion ein, in der Moskau sich zu der in den westlichen Noten vorgeschlagenen Außenministerkonferenz unter der Bedingung des Einschusses des Atlantikpakts und der US-Überseestützpunkte bereit erklärte. Die westlichen Delegierten führten aus, sie seien enttäuscht darüber, daß die Sowjetunion dem Außenministertreffen nicht auf der Basis der Fortschritte zugestimmt habe, die in Paris erzielt worden seien.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat

der Westen die Idee, eine Antwortnote nach Moskau zu schicken, aufgegeben. Jessup antwortete auf Gromykos Angriffe, der Atlantikpakt trage rein defensiven Charakter und die USA würden den Pakt auf einer Außenminister-Konferenz auf keinen Fall als Verhandlungsgegenstand zulassen. Alle drei westlichen Delegierten wiesen darauf hin, daß der Atlantikpakt ein auf 20 Jahre geschlossener Verteidigungsvertrag zwischen zwölf Nationen sei, über den nicht mit einer Nation verhandelt werden könne, die nicht Mitglied des Paktes sei.

Amerikanische Truppen für die UN?

Entscheid des Kongresses noch offen

New York (UP). Die US-Regierung hat in Aussicht gestellt, ihre in Europa stationierten Streitkräfte für eine etwaige Verwendung durch die UN bereitzustellen. Diese Zusage ist in einem Brief an Generalsekretär Lie enthalten.

Man nimmt an, daß die USA durch ihr Versprechen auch andere Mitgliedsländer der UN dazu bewegen wollen, Streitkräfte für eine etwa notwendige Aktion bereitzustellen.

In dem amerikanischen Brief heißt es nach Aufzählung der US-Verbände in Korea, daß die USA nach Beendigung der Kampfhandlungen in Korea und nach Abzug der amerikanischen Streitkräfte prüfen würden, wie weit sie Truppen beibehalten werden, die den UN zur Verfügung gestellt werden könnten. Außerdem wird in dem Brief auf die amerikanischen Streitkräfte in Europa (in Kürze 6 Divisionen) verwiesen, die entsprechend den Bestimmungen des Paktes und der UN-Charta sowie unter Befolgung der erforderlichen (amerikanischen) verfassungsmäßigen Bestimmungen an der Unterstützung einer Aktion der UN zur Erhaltung oder Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit im nordatlantischen Gebiet teilnehmen könnten. Man nimmt an, daß die Regierung dem Kongreß nach einiger Zeit einen Gesetzentwurf zuleiten wird, der der Verwirklichung ihres jetzigen vorsichtigen Versprechens dienen soll.

USA glaubten an neuen Kriegsausbruch

Gefahr im Dezember vorigen Jahres?

Washington (UP). Das Oberkommando der US-Streitkräfte befürchtete im Dezember vergangenen Jahres den Ausbruch eines neuen Krieges und teilte General MacArthur mit, daß mit einer Verstärkung der Erdtruppen in Korea nicht zu rechnen sei. Diese Tatsache geht aus einer Botschaft des US-Generaltabs an das fernöstliche Oberkommando hervor, die in der letzten Sitzung des Außen- und Militärpolitischen Ausschusses des US-Senats verlesen wurde.

Am 6. Dezember 1950 sind alle amerikanischen Kommandeure auf die „verstärkte Gefahr“ eines allgemeinen Krieges aufmerksam gemacht worden. Einige Schiffe der Mittelmeerflotte waren daraufhin in See gestochen, um nicht durch einen Überraschungsangriff im Hafen lahmgelegt zu werden. General

MacArthur wurde angewiesen, einen „größeren Krieg“ in Korea zu vermeiden und gleichzeitig Pläne für eine Evakuierung der UN-Streitkräfte aus Korea auszuarbeiten. Als die Gefahr eines neuen Krieges abgeklaut war, wurden Verstärkungen nach Korea entsandt und zum Gegenangriff gegen die Chinesen vorgegangen.

Inflation gefährdet die USA

Truman fordert strengere Kontrollmaßnahmen

Washington (UP). Präsident Truman ersuchte maßgebliche Vertreter des Kongresses um baldige Verabschiedung eines neuen und schärferen Kontrollgesetzes. Zugleich warnte der Präsident, daß Sowjetrußland den kalten Krieg ohne einen Schuß gewinnen werde, falls gewisse inflationistische Tendenzen nicht sofort gestoppt würden.

Truman hatte führende Mitglieder des Bankausschusses von Senat und Repräsentantenhaus zu einer Besprechung gebeten, um auf die Notwendigkeit einer Verlängerung des Rüstungsgesetzes vor Außerkräfttreten des alten Gesetzes am 30. Juni hinzuweisen. Republikaner und Demokraten kamen überein, besser ein neues Gesetz an die Stelle des alten treten zu lassen und einen entsprechenden Entwurf in der kommenden Woche in beiden Häusern zur Debatte zu unterbreiten.

Bauern stahlen Sowjet-Flugzeuge

Wien (UP). 16 österreichische Bauern haben nach Mitteilung der Polizei vor einer Woche von einem Flugplatz 55 km südlich Wiens drei einmotorige sowjetische Flugzeuge gestohlen, um sie als Allmetall zu verkaufen. Die Bauern fuhren mit Pferdewagen auf den Flugplatz und nahmen die Flugzeuge auseinander. Die sowjetischen Posten ließen sie gewähren; sie nahmen an, die Bauern handelten im Auftrag einer vorgesetzten sowjetischen Stelle.

Raupenplage in Michigan

Die Tiere dringen sogar in die Häuser ein

Sault St. Marie, USA (UP). Die Einwohner des nördlichen Teils des amerikanischen Staates Michigan kämpfen seit Tagen mit einer Raupenplage, wie sie sie noch nie erlebt haben. Felder, Bäume, Straßen, Gärten und Häuser sind dicht mit den gefräßigen Tieren bedeckt, die auch in die Wohnungen eindringen. Mehrfach kam es zu Verkehrsstockungen, weil die zerquetschten Leiber der Raupen die Straßendecke so glatt wie Schmierseife machten.

Ein Insektenspezialist, den die verzweifelten Bewohner kommen ließen, erklärte, man könne nichts gegen die Tiere tun, als ihre Verpuppung abwarten. Bis dahin würden noch sechs oder sieben Tage vergehen. Weiter südlich sind die unscheinbaren kleinen Schmetterlinge schon ausgeschlüpft, in die die Raupen sich nach dem Puppenstadium verwandelt. Auch sie belästigen die Bevölkerung stark.

Von der Teheraner Regierung wurde an Sixie des zurückgetretenen Senators Henssli der stellvertretende Erziehungsminister Basargan zum Mitglied der Drei-Mann-Kommission für die Verstaatlichung der Ölindustrie ernannt.

Abdel Rahman Pascha, der Generalsekretär der Araberliga, ist zu einem offiziellen Besuch nach der Türkei abgereist. Er will dort Pläne für eine Koordinierung der arabischen und türkischen Nahostverteidigung besprechen.

Die Asche Ernest Bevin wurde im Beisein des Premierministers Attlee in der Westminster Abbey in London beigesetzt.

800 Arbeiter der Shell-Gesellschaft in Soer demonstrierten gegen die Entlassung von sechs Kollegen und forderten die Verstaatlichung der ägyptischen Erdölindustrie.

15 000 Italiener dürfen nach einem Abkommen zwischen Rom und Melbourne in Zukunft jährlich nach Australien auswandern.

Die französische Polizei entdeckte im Keller eines Kraftwerkes in Soos le Bois nahe der belgischen Grenze ein geheimes Waffenlager der Kommunisten.

Bei einem Brand der Stallungen auf der Rennbahn von Buffalo (USA) sind 31 Vollblutpferde ums Leben gekommen. 70 Pferde konnten gerettet werden.

Der irische Außenminister MacBride gab seinen Rücktritt aus der Koalitionsregierung von Ministerpräsident Costello bekannt.

Papst Pius XII. empfing Monsignore Münch, den apostolischen Nuntius in Deutschland, in Privataudienz.



Ali Khan tröstet sich

Prinz Ali Khan, der seit dem Scheitern seiner Ehe mit Rita Hayworth aus der Öffentlichkeit so gut wie verschwunden war, ist nun wieder im Pariser Nachleben erschienen, diesmal mit der amerikanischen Schauspielerin Joan Fontaine

Umschau in Karlsruhe

Dr. Amend freigesprochen
Karlsruhe (Jwb). Die Große Strafkammer Karlsruhe hat heute den ehemaligen Finanzpräsidenten Dr. Karl Amend und den Leiter der Kraftfahrzeugabteilung der Finanzdirektion Nordbaden, Kuno Schweitzer, von der Anklage des Betrugs und der Untreue freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden von der Staatskasse getragen.

Karlsruhe (Jwb). Im Prozeß gegen den ehemaligen Finanzpräsidenten von Nordbaden, Dr. Karl Amend, beantragte Staatsanwalt Renner für den Angeklagten acht Monate Gefängnis und 6000 DM Schadenersatz wegen Betrugs in Tateinheit mit Untreue. Im Falle des ehemaligen Leiters der Kraftfahrzeugabteilung der Landesfinanzdirektion Nordbaden, Kuno Schweitzer, ist beantragte der Staatsanwalt die Einstellung auf Grund der 1949 erfolgten Amnestie. Vor dem Plädoyer des Staatsanwalts hatte der Präsident des Landesbezirks Nordbaden, Dr. Hans Unser, als Zeuge ausgesagt. Dr. Unser erklärte, es sei ihm nicht bekannt, daß von irgendeiner Seite über die Abteilung Finanzen geklagt worden sei. Zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Staatsanwalt und der Verteidigung kam es, als der Staatsanwalt Dr. Amend vorwarf, er habe für die Techn. Hochschule Karlsruhe eine „schwarze Kasse“ geführt, die durch fingierte Rechnungen gesichert worden sei. Das Gericht lehnte die Erörterung dieser Angelegenheit jedoch ab. Dr. Amend verwarf sich gegen diese Beschuldigung, die eine persönliche Beleidigung darstellte. Das Urteil wird verkündet werden.

Über das Unrecht in der Sowjetzone

Karlsruhe (Jwb). Der Hauptabteilungsleiter im Untersuchungsamt freier Juristen der Oatzone, Prof. Dr. Mirbt, erklärte vor Studenten der Technischen Hochschule Karlsruhe, zwischen dem Recht und der Wirklichkeit des Lebens in der Sowjetzone bestehe ein unvorstellbarer Widerspruch, da selbst die staatlichen Dienststellen und die Gerichte bewußt die Verfassung verletzen. Entgegnungen würden unter „Verdrehung der Paragraphen“ vorgenommen.

Keine Rückerstattung der Vorschüsse

Karlsruhe (Jwb). In Besprechungen der Kommunalen Arbeitsrechtlichen Vereinigung Württemberg-Baden mit Vertretern des Arbeits- und Finanzministeriums ist beschlossen worden, daß Vorschußzahlungen an Angestellte des öffentlichen Dienstes, die in Königswinter vereinbarten Gehaltserhöhungen übersteigen, nicht zurückerstattet werden müssen.

Matzerath soll Berliner Philharmoniker dirigieren. Der Generalmusikdirektor des Badischen Staatstheaters in Karlsruhe, Otto Matzerath, ist eingeladen worden, zwei Konzerte der Berliner Philharmoniker zu dirigieren. Matzerath hat die Einladung angenommen.

Aus der badischen Heimat

Wieder ein paar Altmetalldiebe gefaßt

Mannheim (Jwb). Der Mannheimer Polizei ist es gelungen, einen Gärtner zu ermitteln, der von Dezember bis April 585 kg Lötlinn an eine Mannheimer Metallfabrik verkauft hatte. Der größte Teil des Lötlins war von drei in einem Industriebetrieb beschäftigten Arbeitern gestohlen und an den Gärtner zum Weiterverkauf übergeben worden. — Bei einem Altmetalldiebstahl stellte die Polizei einen 37-jährigen Mann, der gerade 56 kg Kupfer absetzen wollte. Er hatte das Metall mit einem Komplizen aus einem amerikanischen Depot in Feudenheim gestohlen.

Sortimentsgroßhandel tagte in Weinheim

Weinheim/Bergstraße (Jwb). Der Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes des deutschen Groß- und Außenhandels, Dr. Dohrendorf (Bonn), betonte auf der 6. ordentlichen Hauptversammlung des Verbandes des Sortimentsgroßhandels mit Nahrungs- und Genussmitteln in Württemberg-Baden, die in Weinheim stattfand, daß es angesichts der weltweiten Spannungen auf einzelnen Rohstoffgebieten mindestens auf längere Zeit hinaus noch Verknappungserscheinungen geben werde. Aus diesem Grund seien neue Lenkungsmaßnahmen bei Rohstoffen erforderlich.

Abschreckendes Beispiel für Steuerhinterzieher
Freiburg (Jwb). Die Oberfinanzdirektion Freiburg gibt als abschreckendes Beispiel zur Kenntnis, daß ein Amtsgar in Baden einen Gewerbetreibenden wegen unrichtiger Bestandsmeldung und Steuerhinterziehung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt hat.

Siedlungsbewohner streiken gegen Mieten
Blumberg (UP). Der Waffe des Streiks bedienen sich seit mehr als einem Jahr etwa 150 Mieter von Blumberg (Südschwarzwald), weil sie die Mieten in der Doggerer-Siedlung zu hoch finden. Auf Anraten der Blumberger Gewerkschaft halten sie die Zahlungen zurück, so daß der Siedlungsgesellschaft bisher ein Einnahmendeckelungsdefizit von über 100.000,- DM entstanden ist. Die Mieten werden angeblich auf ein „Streik-Konto“ der Gewerkschaft eingezahlt und sollen erst nach Festsetzung niedrigerer Mieten freigegeben werden. Ein Prozeß gegen die 150 Mieter vor dem Amtsgericht Donaueschingen wird erweisen müssen, ob der Streik berechtigt ist.

Werk- u. Schulbauten für die Förderbezirke

Wirtschaftsausschuß des Landtages beriet Hilfsmaßnahmen

Stuttgart (Jwb). Der Wirtschaftsausschuß des Landtags hat seine Beratungen über die Hilfsmaßnahmen für die Förderbezirke in Württemberg-Baden abgeschlossen. Nach einem Beschluß des Ausschusses soll die Regierung prüfen, ob und in welchem Umfang die Errichtung von Hochbauten in das Notstandsprogramm der Förderbezirke einbezogen werden kann. Dabei soll besonders der Bau von Werkanlagen und Berufsschulen berücksichtigt werden.

Der Ausschuß befaßte sich ferner mit den Auswirkungen der Kreditrestriktionen auf die Förderbezirke und kam zu dem Schluß, daß die den Förderbezirken gewährten Sicherungs- und Zinsvergünstigungen nicht durch die Kreditrestriktionen illusorisch werden dürften. Der Regierung soll ferner empfohlen werden, die Binnenwanderung in Württemberg-Baden zu fördern, damit Arbeitslose aus den Förderbezirken in die Industriebezirke umgesiedelt werden.

Rätsel der Tiefsee werden gelöst

Photographieren 10 000 m unter Wasser - Neues Tauchgerät "Bentograph"

In ihrem unaufhörlichen Streben, die Rätsel der Natur zu enthüllen, hat die Wissenschaft wiederum einen Schritt vorwärts getan. Die Allan-Hancock-Stiftung für wissenschaftliche Forschung in Kalifornien hat ein neuartiges automatisches Tauchgerät entwickelt, ein „Bentograph“, mit dem man das Leben in bisher unerreichten Meerestiefen fotografieren will.

Es ist eine Stahlkugel von 1 m Durchmesser mit eingebauten Spezialkameras und ausreichender Festigkeit gegen den Wasserdruck in großen Tiefen; von den Tauchversuchen im Pazifik verspricht man sich wertvolle wissenschaftliche Ergebnisse. Eine 35-mm-Kamera, deren Verschluss mit zwei wasserdruckfest eingebauten elektrischen Blitzgeräten synchronisiert ist, bildet das Herz dieses Unterwassergerätes, das pro Tauchung über 900 Bilder aufnehmen kann. Kondensatoren, die durch eine Spezialanlage mittels einer 4-Volt-Akkubatterie aufgeladen werden, liefern den Strom für die Blitzlichter. Die Verschlussgeschwindigkeit beträgt eine Fünftausendstel-Sekunde.

Bei früheren Versuchen wurden bemannte Stahlkugeln in große Meerestiefen hinuntergelassen, deren Außenseitwerfer aber jedes Lebewesen verschreckten. Von dem Bentograph, der lautlos an einem Kabel durch die zwige Finsternis gleitet, ohne daß er von den Meerestieren gesehen wird, erhoffen sich die Forscher Aufnahmen der gallertartigen Organismen, deren unheimliches Leuchten man mit Hilfe von Orthicon-Fernsichtrohren verstärken will. Der Bentograph wäre zwar groß genug, einen Menschen aufzunehmen, wird

Erste Aufhebung der Immunität

Der Geschäftsordnungsausschuß des württemberg-badischen Landtags empfahl dem Plenum die Immunität des SPD-Abgeordneten August Berberich aufzuheben, damit ein Verkehrsunfall, an dem der Abgeordnete beteiligt war, aufgeklärt werden könne. Dieser Fall gab dem Ausschuß Gelegenheit, sich mit grundsätzlichen Fragen der Immunität zu befassen. Generalstaatsanwalt Dr. Schmid hatte die Meinung vertreten, daß die Immunität eines Abgeordneten nur dann nicht aufgehoben werden solle, wenn dadurch die Tätigkeit des Betroffenen als Abgeordneter beeinträchtigt oder die Beschlußfähigkeit des Landtags in Frage gestellt werde. Der Ausschuß machte sich diese Auffassung weitgehend zu eigen. Wie der Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses, Abgeordneter Pfleger, mitteilte, wird der württemberg-badische Landtag zum erstenmal seit seinem Bestehen im Falle Berberich die Immunität eines Abgeordneten aufheben.

Ein Wagen sprang aus den Schienen

Eßlingen (Jwb). Einen Schwerverletzten und elf Leichtverletzte forderte ein Eisenbahnunglück, das sich vor dem Bahnhof Altbach bei Eßlingen ereignete. Infolge zu später Weichenstellung sprang der dritte Wagen eines aus Ulm kommenden Personenzuges aus den Schienen und kippte nach 40 Metern auf die rechte Seite.

In dem umgestürzten Wagen befand sich das Schwerbeschädigtenabteil. Der im Abteil zufällig anwesende Zugführer erlitt einen Schädelbruch und weitere Verletzungen. Elf Personen wurden leicht verletzt. Durch den Unfall war die Strecke Plochingen-Eßlingen einige Zeit unterbrochen.

Wie zu dem Unglück zu erfahren war, war dem Fahrdislenleiter in Altbach das Eintreffen eines Materialzuges für die Neckarwerke in Altbach gemeldet worden. Daraufhin stellte der Fahrdislenleiter in Altbach die oberhalb des Bahnhofes liegende Weiche nach links auf das Gleis für die Neckarwerke um. Kurze Zeit später rief ein Bediensteter des Bahnhofs Altbach in den Dienstraum des Fahrdislenleiters: „Da kommt ja ein schwarzer Zug.“ Der Fahrdislenleiter stellte daraufhin die Weiche wieder nach rechts. Inzwischen war aber bereits die Lokomotive des Personenzuges mit dem Gepäckwagen über die Weiche hinweggefahren.

Urteil im Kapitalschmuggler-Prozeß

Eine Viertelmillion „schwarz“ über die Grenze
Ravensburg (UP). Im Hauptprozeß um den großangelegten Kapitalschmuggel von Südwestdeutschland nach der Schweiz verurteilte das Schöffengericht Ravensburg den angeklagten „Chef“ der Organisation, den 33-jährigen Josef Handelsmann aus Warchau, zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 DM Geldstrafe, seine Frau zu 9 Monaten Gefängnis und 5000 DM Geldstrafe.

Die beiden anderen Angeklagten, der 48-jährige Kaufmann Bochner aus Polen und der 29-jährige Beer, ein Schwager der Frau Handelsmann, wurden wegen Bandenschmuggels mit Schweizer Uhren, die u. a. auf dem letzten Münchener Oktoberfest mit einem Reingewinn von mehr als 1900 Prozent veräußert worden waren, zu je drei Monaten Gefängnis und 5000 DM Geldstrafe verurteilt.

Der Angeklagte und seine Frau hatten über ein Jahr lang mit falschen Pässen unter dem Namen Krebitach häufig die deutsch-schweizerische Grenze überschritten. Wie bei einer Hausdurchsuchung festgestellt wurde, entsprachen die Daten der insgesamt 162 Grenzübertritte des Ehepaars ziemlich genau der Daten von Gutschriften auf einem Bankkonto in Zürich, das zur Zeit ein Gesamtguthaben von fast einer Viertelmillion Dollar aufwies.

Auch Hühner schätzen Schlafableiten

Tübingen (SWK). Viel länger als gewöhnlich blieb der Hühnerhof eines Landwirts in Rottenburg an einem frühen Vormittag leer. Lediglich der Hahn „sang“ sein Morgenlied. Die Hühner dagegen schliefen. Des Rätsels Lösung? Einige Luminaleitungen waren aus dem Fenster des benachbarten Krankenhauses gefallen und das Federvieh hatte sich darüber bergemacht.

Viktor Reuter (CIO) in Stuttgart

Stuttgart (Jwb). Viktor Reuter, der Vertreter der amerikanischen Gewerkschaft CIO für Europa, ist auf dem Flugplatz Stuttgart-Echterdingen eingetroffen. Reuter wird mit dem Präsidenten der Bezirksverwaltung Württemberg-Baden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Klinknecht, zusammentreffen. Am Montag wird sich Reuter über Frankfurt nach Essen und Düsseldorf begeben, wo er mit führenden Vertretern des DGB zusammentrifft. Reuter, der an der Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Genf teilgenommen hat, unterbrach seine Reise nach Düsseldorf, um bei seinem Onkel in Ruff bei Stuttgart „ein Gläsle Mosch zu trinken“.

„Deutsche Apothekerschau“ in Stuttgart

Stuttgart (ZSH). Das Treffen der deutschen Apotheker beginnt am Samstag, 9. Juni in Stuttgart mit der Eröffnung einer Fachausstellung auf dem Kongressgelände Killesberg durch Bürgermeister Hirn. Am Sonntag werden bei einem Festakt im Großen Haus der Württembergischen Staatsbühne u. a. Ministerpräsident Dr. Maier, Oberbürgermeister Dr. Klett, sowie Vertreter des Bundes- und Landesinnenministeriums sprechen. Ferner wird Dr. Hans Meyer einen Vortrag über die Probleme der Arzneiversorgung halten. Am Sonntagmittag um 15.00 Uhr eröffnet Kultminister Dr. Schenkel auf dem Kongressgelände die Sonderausstellung „700 Jahre Deutsche Apotheke“.

Neben diesen genannten Veranstaltungen finden an allen Tagen zahlreiche interne Fachtagungen, gesellige Zusammenkünfte und Besichtigungsfahrten der verschiedenen Teilnehmergruppen statt.

Millionen Fische werden vernichtet

Unvernünftige Fangmethoden - Einführung einer Schonzeit - Sorgen um die tägliche Nahrung

Es ist leider eine betrübliche Tatsache, daß die Ernährung der sich ständig vermehrenden Menschheit zur Zeit keineswegs als gesichert gilt. Die knappe Nahrungsmitteldecke der Welt erweist sich in Krisenzeiten immer wieder als zu kurz. Missernten und Naturkatastrophen tragen dazu bei, der Menschheit die Gefahr des Hungers von Zeit zu Zeit erneut vor Augen zu halten. Während sich aber Wissenschaftler und Techniker mit den phantastischsten Problemen (Bewässerung der Sahara usw.) abplagen, um der Welt weitere Anbauflächen zu erschließen, bleibt in der Öffentlichkeit eine fast unerschöpfliche Nahrungsmittelquelle ziemlich unbeachtet: der Fischbestand der Weltmeere. Besonders die Fischereigebiete des Nordatlantik sind für die Ernährung der Welt von größter Bedeutung. Im Sommer und Winter, bei jedem Wetter, sind Tausende von Fischereifahrzeugen aller Größen und Typen dabei, reiche Ernte zu halten. Bei vernünftiger Zurückhaltung in der Ausbeutung könnten auf unbeschränkte Jahre hinaus riesige Fänge erzielt werden, ohne daß der Fischbestand sich merklich verringerte. Die reichen Fischgründe im Golf von Maine und bei New England bergen eine Vielzahl von im Handel begehrten Fischen: Neben ungefähr 20 Fisch- und Schellfischsorten werden auch einige Arten gefangen, die nicht der menschlichen Ernährung dienen, sondern zu Öl und Viehfutter verarbeitet werden. Der jährliche Fang beläuft sich auf mehrere Millionen Zentner: Schellfisch, Kabeljau, Flundern, Heringe, Makrelen, Kupperlachs u. a. Der größte Teil wird schon an Bord entgrätet, gepackt und durch ein Schnellgefrierverfahren für den Transport durch Flugzeug, Eisenbahn oder Lastwagen konserviert. Ein großer Fischdampfer hat eine erfolgreiche Fahrt hinter sich, wenn er einen Fang von rund 2000 Zentnern an Bord hat.

In keinem anderen Wirtschaftszweig sind die Männer wohl so starkem Vertreter des freien Wettbewerbes wie in der Fischerei. Viele sind Eigentümer ihrer Boote, angefangen von den kleinen Kähnen, die beim Krefang Verwendung finden, bis zu den großen Fischkuttern, die einen Wert von einer halben Million Mark darstellen. Eine große Anzahl von Schiffen ist gemeinsames Eigentum der Besatzung — die Fischer haben einen festen Anteil am Erlös des Fanges, statt einen Tariflohn zu beziehen.

Wie in fast allen Wirtschaftszweigen, gibt es natürlich auch bei der Fischerei Schwierigkeiten

und Sorgen. Die Kosten für Schiffsneubauten sind zur Zeit sehr hoch; sie gestatten es kaum, die vielen Schiffe zu ersetzen, die ihre Altersgrenze überschritten haben und nicht mehr seetüchtig sind. Der Preis für einen Fischkutter von 21 m Länge mit voller Ausrüstung liegt heute um 50—100% höher als 1939.

Ein weiterer Grund zur Sorge ist, daß einige Fischsorten beunruhigend selten geworden sind. Das trifft vor allem auf den Schellfisch zu, der früher der fruchtbarste und am häufigsten gefangene Fisch war, jetzt aber in vielen Gebieten nur noch schwer zu finden ist. Von der US-Regierung beauftragte Wissenschaftler haben drei Jahre lang die Fischgründe im Nordatlantik erforscht und festgestellt, daß deren lange und rücksichtslose Ausbeutung durch eine besondere Fangmethode daran schuld ist. Einzelne Fischereiflootten sind seit langem dazu übergegangen, riesige Netze am Meeresgrund entlangzuziehen, wobei praktisch alles erfaßt wird, was überhaupt schwimmt. Das führte zu einer radikalen Ausmerzung der Kleinfische; Millionen von ihnen werden auf diese Weise getötet, ehe sie ausgewachsen sind.

Man hat zumehr zu Gegenmaßnahmen ge-griffen und plant sogar die Einführung einer besonderen Schonzeit, wie bei der Jagd auf dem Lande, um die Fischbrut vor der Vernichtung zu bewahren. Zu diesem Zweck wurde vor einiger Zeit eine internationale Nordwest-Atlantik-Fischereikonferenz einberufen. Die Vertreter der 11 Teilnehmernationen haben ein Programm aufgestellt, das eine unvernünftige Ausbeutung der Fischgründe verhindern soll.

Kirchheim/Teck. Eine Frau hatte das Grab ihres verstorbenen Gatten besucht und war von einer Ohnmacht befallen worden. Als sie wieder zum Bewußtsein gekommen war, mußte sie feststellen, daß man ihre Handtasche gestohlen hatte. (hpd)

Alpirsbach. 66 Ortgruppen aus dem württembergischen und badischen Schwarzwald waren bei der 82. Hauptversammlung des Schwarzwaldvereins in Alpirsbach vertreten. Im Mittelpunkt der Aussprache stand bei allen Wanderfreunden die Sorge um die Erhaltung der Schönheiten des Schwarzwaldes. Insbesondere wandte man sich gegen die Pläne, die darauf hinzielen, die Flüsse und Bäche des Schwarzwaldes trockenzuliegen.

Gegen Kartoffelkäfer und Larven **Hortex** **zum Stauben und Spritzen**
 Billig • ungefährlich • schnellwirkend
 Bei Fachgeschäften und Genossenschaften
 L. Menck Darmstadt - Abteilung Landwirtschaft

Wirtschafts-Nachrichten

Wie steigern wir die Kohleförderung? Studienreise deutscher Bergleute in USA

Mehrzweckung an Kohle ist wichtiger als das beste Export- und Verteilungsschema. Wenngleich angesichts der zu knappen Kohlendecke natürlich auf ein Quotensystem der Zuteilung für den Export einerseits und die wichtigsten Kohlenverbrauchergruppen im Inland andererseits nicht verzichtet werden kann, so sollte doch das deutsche Organisationsniveau in erster Linie der Steigerung der Kohlezugung zugewandt werden. Tatsache ist, daß wir auffälligerweise über die 400 000 Tonnengrenze pro Tag nicht hinauskommen. Wo liegt hier der Haken?

Eine deutsche Studienreise von 10 Bergbauexperten einschließlich Gewerkschaftsvertretern hat jetzt eine vierwöchige Studienreise durch den USA-Kohlenbergbau abgeschlossen. Als Ergebnis ihrer Reise haben die deutschen Fachleute festgestellt, daß der amerikanische Bergbau dem deutschen in der Technisierung, aber auch in dem vertrauensvolleren Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer voraus sei. Beide Momente wirkten sich zusammen so aus, daß die Schichtleistung in den USA 5 bis 7 Tonnen, in Westdeutschland 1,95 Tonnen betrage. Selbstverständlich sind die Abbaubehältnisse in den USA günstiger gelagert, ist der hohe Technisierungsstand von uns kaum aufzuholen. Daß aber die USA uns auch auf der menschlich-psychologischen Seite des Wirtschaftsprozesses, dem persönlichen Vertrauensverhältnis im Betrieb, voraus sind, gibt doch sehr zu denken. Mindestens auf diesem Gebiet könnten wir, ohne daß uns dies Kosten verursacht, mit den USA gleichziehen und dadurch die Schichtleistung steigern.

Mit 112 230 Tonnen Erdöl erreichte die Erdölförderung in der Bundesrepublik im Mai eine neue Rekordhöhe. Die bisherige Bestleistung waren 105 441 Tonnen im April.

Arbeitslosenzahl ging weiter zurück Nur in Württemberg-Baden konstant

Die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet ist in der zweiten Hälfte des Monats Mai erneut um 59 215 zurückgegangen. Am 1. Juni waren in der Bundesrepublik noch 1 208 914 Personen arbeitslos. Das Arbeitsministerium in Bonn führt das Sinken der Zahl auf Neueinstellungen in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zurück. Von den einzelnen Ländern erreichte Bayern mit 21 389 den größten Rückgang, gefolgt von Niedersachsen mit 15 964, Schleswig-Holstein mit 10 709. Als einziges Land meldete Württemberg-Baden eine höhere Arbeitslosenzahl gegenüber Ende April. Die Zunahme betrug allerdings nur 27 Personen.

Starker Andrang auf der Handwerksmesse

Die gegenwärtig in München stattfindende Deutsche Handwerksmesse ist innerhalb von drei Tagen bereits von mehr als 50 000 Personen besucht worden. Größere Aufträge wurden für das Bundesgebiet in Pumpen und Pumpenanlagen, Holzbearbeitungsmaschinen, Spezial-Autolacken, Textilien, insbesondere handgewebten Stoffen, und Lederwaren erteilt.

Die Schweiz und Skandinavien traten als Einkäufer für Elektro-Baugeräte, Emaille-Schmuckwaren und kosmetische Neheiten auf. Italien schloß in verschiedenen Textilmaschinen und Schwarzwälder Uhren ab. Griechenland, Frankreich und Italien interessieren sich für das Patent eines neuen Lippenstiftes. Von den überseeischen Staaten knüpfen Argentinien und Brasilien Elektro-Baugeräte und handbemaltes Luxusporzellan.

Kreditplanung des ERP-Ministeriums

Die Einnahmen im außerordentlichen Haushalt des ERP-Ministeriums für das Rechnungsjahr 1951 belaufen sich auf 1 132 789 500 DM. Hiervon entfallen 892 070 000 DM auf Beiträge aus dem ERP-Sondervermögen für Investitionsdarlehen und dergleichen, 124 065 200 auf Tilgungsraten für bereits gewährte Darlehen und 116 654 300 auf Einnahmen aus Zinsen.

An Ausgaben in Form von Krediten sind vorgesehen (in Millionen DM): Landwirtschaft 32,8, Kohlenbergbau 106, Energiewirtschaft 150, andere Energiezweige 37,38, Eisen und Stahl 30, Zellu-

lose, Papier und Druck 2,83, verschiedene Industrien 2, Verkehr, Post und Bundesbahn 20,3 und 0,5 Millionen für die Reparatur von drei Handelschiffen.

Ferner sind vorgesehen (in Millionen DM): 190 für den Wohnungsbau, 4 für Transportkosten kartativer Sendungen, 200 für Investitionskredite an die Berliner Wirtschaft, 100 für das Notstandsprogramm Berlin, 7,17 für Sonderinvestitionen in Berlin. Über die Verwendung von 295,796 Millionen DM ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

Bundestagung der IG Holz in Stuttgart

Die diesjährige Bundestagung der Industriegewerkschaft Holz findet vom 19. bis 13. Juni in Stuttgart statt. 130 Delegierte aus dem Bundesgebiet und Berlin sowie ausländische Gäste werden erwartet. An der Tagung wird auch Bundesarbeitsminister Storch teilnehmen, der Mitglied der IG Holz ist.

Edeka-Warenschau und Generalversammlung

Die 29 000 in der EDEKA genossenschaftlich zusammengeschlossenen selbständigen Kaufleute des westdeutschen Lebensmittel-Einzelhandels, halten vom 8. bis 15. Juni in Mainz ihre 44. Jahresversammlung ab. Während dieser Zeit findet auch eine Waren- und Lehrschau statt, die 230 namhafte Industriefirmen des Bundesgebietes besichtigen. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmann, wird während der Eröffnungskundgebung am Sonntag über die finanz- und wirtschaftspolitische Lage Westdeutschlands sprechen.

Flüchtlingsbetriebe von Soforthilfe befreit

Gewerbebetriebe, die an Flüchtlinge veräußert oder verpachtet werden, können von der Soforthilfeabgabe befreit werden, wenn ihr Einheitswert nicht höher als 20 000 DM ist, gab das Soforthilfe-Hauptamt bekannt.

Anfänge neuer Preisgestaltung Bericht des Wirtschaftsministeriums

„Eindeutig scheint mindestens zu sein, daß die vom Korea-Boom ausgelöste Preishausse nunmehr ihren Höhepunkt überschritten hat und sich eine neue Entwicklungsphase abzeichnet.“ Diese Feststellung wird im Lagebericht des Bundeswirtschaftsministeriums über die

Wirtschaftsentwicklung im Bundesgebiet im April dieses Jahres getroffen.

Die Tatsache, daß die Preisrückgänge die Preissteigerungen eindeutig überwiegen haben, führt das Wirtschaftsministerium auf das Nachlassen der Kauffreudigkeit der Konsumenten sowie auf das Abklingen der Unruhe und Angst nach dem Ausbruch der Korea-Krise zurück.

Der Aufwärtrend der westdeutschen Wirtschaft konnte im April — wenn auch nicht un- wesentlich abgeschwächt — durchgehalten werden. Die industrielle Produktion stieg erneut, und zwar um vier Prozent auf 132 des Standes im Jahre 1939. Die Einzelhandelsumsätze lagen im April erstmals seit längerer Zeit unter den Umsätzen des Vormonats. Infolgedessen hat die Wirtschaft auch wieder eine größere Werbetätigkeit entfaltet.

Die weitere Entwicklung dürfte nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums im Zeichen „widerstrebender Tendenzen“ stehen. Der hohe Auftragsbestand und die guten Exportchancen bürgen zwar für einen befriedigenden Beschäftigungsstand, jedoch dürfte der Kohle- und Stahlmangel zu Beengungen und Störungen führen.

Vorerst kein Streik im öffentlichen Dienst

Nach Billigung der neuen Tarifvereinbarungen durch den Hauptvorstand und die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ist die Streikgefahr im öffentlichen Dienst vorerst gebannt. Die Vereinbarung von Königswinter sieht eine Erhöhung der Anstellenden-Grundvergütungen um 20 Prozent sowie zusätzliche Sondervergütungen, u. a. für Lehrlinge und jüngere Angestellte vor. Diese Erhöhung entspricht einer Aufbesserung der Bruttogehälter um 13 Prozent. Die bisher gezahlten Teuerungszulagen fallen fort. Ausdrücklich wurde vorgesehen, daß die effektive Gehaltserhöhung mindestens 20 DM betragen muß. In den Ländern Württemberg-Hohenzollern und Südbaden wurde eine Mindesterhöhung um nur 10 DM festgelegt, um die Tarife in den drei schwachentwickelten Ländern zu vereinheitlichen.

69 Millionen für Margarine-Subventionen

Um die Margarinepreise zu halten, sind seit dem 1. Februar dieses Jahres an die Margarineindustrie annähernd 69 Millionen DM Subventionen gezahlt worden, teilte das Bundesfinanzministerium mit. Eine finanzielle Steuerung der Margarine-Industrie sei infolge des Anstiegs der Weltmarktpreise der Margarine-Rohstoffe notwendig geworden. Die Subventionsbeträge würden nach der tatsächlichen Verteuerung der Rohstoffe errechnet.

Bonn konstatiert Preisrückgänge

Langfristiges Sparen soll gefördert werden

Die Bundesregierung hat der Pariser Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECE) einen umfangreichen Bericht über die erfolgreiche Abwehr inflationistischer Tendenzen vorgelegt und eine weitere Sicherung der finanziellen Stabilität in Deutschland angekündigt. Sie brachte dabei ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß eine Fortsetzung der bisherigen Politik es bei elastischer Anpassung an die Entwicklung gestattet wird, im Rahmen der verfügbaren wirtschaftlichen Kräfte den Erfordernissen des deutschen Wiederaufbaus, der Verminderung der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Stärkung der westlichen Welt gerecht zu werden, ohne die innere finanzielle Stabilität in Deutschland zu gefährden.

Die Preisauftriebenden seien bereits „schwächer“ geworden. Vereinzelt hätten sich in Deutschland sogar Preisrückgänge gezeigt, was die Folge einer „gewissen Beruhigung auf den Weltmärkten“ sei. Trotz der bisherigen Erfolge der restriktiven Kreditpolitik müsse das Zentralbanksystem im Interesse des Zahlungsbilanzausgleichs zunächst an der Politik des Kreditabbaus weiter festhalten. Ziel dieser Politik sei es, das Wiederaufleben einer Übernachfrage zu verhindern. Allerdings solle im Interesse eines weiteren Produktionsanstiegs die Nachfrage nicht mehr gedrosselt werden, als dies mit Rücksicht auf die Produktionsengpässe und die begrenzten Einfuhrmöglichkeiten erforderlich sei. Zur Förderung des langfristigen Sparens wird eine verstärkte steuerliche Förderung des privaten langfristigen Sparens mit Wirkung vom 1. Januar 1952 angekündigt.

Steigende Bundeseinnahmen

Die Reineinnahmen des Bundes lagen im März mit 1 209,3 Millionen DM um 167,5 Millionen DM höher als im Vormonat, teilte das Bundesfinanzministerium mit. Demgegenüber blieben die Reinausgaben im gleichen Monat mit 1 050,5 Millionen DM im Vergleich zum Vormonat fast unverändert.

Besteuerung ziviler Besatzungsfahrzeuge?

Der bayerische Finanzminister Dr. Zorn regte in einem Brief an Bundesfinanzminister Schäffer an, private Kraftfahrzeuge von Angehörigen der Besatzungsmacht zu versteuern, weil sie ebenso wie andere Fahrzeuge als Verkehrsteilnehmer das deutsche Straßennetz beanspruchten. Dr. Zorn hat die Bundesregierung gebeten, diese Frage mit den Hohen Kommissaren zu erörtern.

Zucker aus Kuba

Die Besprechungen über die künftigen Handelsbeziehungen der Bundesrepublik mit Kuba stehen kurz vor dem Abschluß. Nach dem augenblicklichen Stand der Verhandlungen hat die kubanische Delegation die Lieferung von Zucker im Werte von 20 Millionen Dollar nach Westdeutschland zugesagt. Ferner will Kuba Nickel liefern. Die deutsch-kubanischen Absprachen werden nicht in der Form eines Vertrages, sondern in einem Briefwechsel niedergelegt werden.

Industrie kritisiert Steuerentwurf

Gegen die „wirtschaftsfremden Beschlüsse“ des Bundestages bei der Beratung des Gesetzesentwurfes zur Änderung des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes nimmt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einer Erklärung Stellung. Er kritisiert insbesondere die Bestimmung, daß Ausgaben für die Bewirtung von Geschäftsfreunden nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden können. Diese Regelung werde den Interessen der Wirtschaft im Hinblick auf die Exportförderung nicht gerecht. Sie greife in internationale Gepflogenheiten ein. Dadurch werde der Wirtschaftsablauf gestört und der Abschluß von Geschäften erschwert. Die Offenlegung der Steuerlisten lehnt der Bundesverband mit dem Hinweis auf den Mehraufwand für unwirtschaftliche Verwaltungsarbeit und die Gefahr von Denunziationen ab.

ZUM RÄTSELN UND RATEN

SCHACH-ECKE

V. Rosado, USA (Chr. S. Monitor, 1950)



Matt in drei Zügen (5+2)

Eine sehr hübsche Dreizüger-Miniatur (nur 7 Steine!), die im Hauptspiel eine bekannte Problemlösung enthält.

Lösung: 1. La7! Vorbereitungszug zum indischen Schnittpunkt 1... h3-h2, 2. Tb6! (hebt die Patistellung auf) Kgl 3. Tbl matt. 1... Kh2 2. Th6 nebst 3. Th3: matt.

Silberrätsel

Aus den Silben: ang — ba — da — ei — gas — hel — is — kar — land — land — land — ma — mai — na — nau — neu — see — sey — xos sind 8 Inseln zu bilden, die in folgenden Meeren bzw. Seen liegen. Ihre Anfangsbuchstaben ergeben eine deutsche Stadt.

1. Bodensee, 2. Irische See, 3. Ägäisches Meer, 4. Südsee, 5. Nordsee, 6. Mittelmeer, 7. Atlantik, 8. Indischer Ozean. Kh.

oben nach unten gelesen ergeben ein Sprichwort.

1. Verbandmaterial; 2. europ. Staat; 3. Märchengestalt; 4. Oper von R. Wagner; 5. Teil einer Kirche; 6. Blume; 7. Christbaumzweig; 8. eine Behörde; 9. Naturerscheinung; 10. Verbleibnachweis; 11. gute Eigenschaft; 12. Getreideart. Kh.

Besuchskartenrätsel

Eva Horn

Wo wohnt diese Dame? Kh.

Inseln

Aus den Silben: ang — ba — da — ei — gas — hel — is — kar — land — land — land — ma — mai — na — nau — neu — see — sey — xos sind 8 Inseln zu bilden, die in folgenden Meeren bzw. Seen liegen. Ihre Anfangsbuchstaben ergeben eine deutsche Stadt.

1. Bodensee, 2. Irische See, 3. Ägäisches Meer, 4. Südsee, 5. Nordsee, 6. Mittelmeer, 7. Atlantik, 8. Indischer Ozean. Kh.

LÖSUNGEN

Besuchskartenrätsel: Hannover. Silberrätsel: 1. Wite 2. England 3. Hiese. Inseln: 1. Madagaskar — Madagaskar, 2. Neuseeland, 3. Neuseeland, 4. Neuseeland, 5. Hode, 6. Hode, 7. Island, 8. Madagaskar — Madagaskar.

Das Lied vom Glück

(Urheberrechtlich Hermann Berger, Wiesbaden)

7. Fortsetzung

Till überlegte blitzschnell, ob sie soviel Hunger zeigen dürfe, wie sie empfand. Aber die Speisen dufteten zu verlockend, als daß sie einen Höflichkeitsverzicht über sich gebracht hätte.

Er wartete offenbar auf ein Weiterplaudern von ihrer Seite, auf ein freundliches Tischnachbarinnenwort, nachdem er den Weg geebnet hatte.

Zu dumm, so ungeübt zu sein... Was sagte man nur in einem solchen Fall? Vergab man sich etwas, wenn man selber ein paar Worte hinwarf?

Ein leiser, verwunderter Blick streifte sie.

Till schämte sich jämmerlich, ein solches Nichts zu sein... diesem see- und landbefahrenen Menschen gegenüber... das sah man ihm doch an, daß er Gott und die Welt kannte. So etwas Selbstverständliches, Ungezwungenes war an ihm. Oh, nur diesem „Globetrotter“ nicht zeigen, daß man eigentlich nichts anderes als eine entlassene Stenotypistin war, außer ihrer engeren Heimat vom Erdball nicht kannte.

„Ich will später nach Kairo — dann weiter mit dem Auto zu meinem Onkel nach Kapstadt“, begann er aufs neue.

Tills Zünglein glitt über die Lippen.

„So, Sie kennen Afrika?“

Er nickte.

„Afrika... und auch andere Erdteile!“

Jetzt fing er ihren andächtigen Blick auf und lachte. Hob das Glas. Ein bißchen kühn, fand sie.

„Zum Wohl, gnädiges Fräulein!... Vielleicht führt mich eine gütige Vorsehung nochmals über Ihren Weg!“

Sie ließ den Löffel sinken, den sie zur Salatschüssel erhoben hatte. Sie empfand keine Eblust mehr und sehnte sich weit fort. Wenn er nur nicht noch Näheres von ihr wissen wollte.

Nach dem Eis erhob man sich allerseits, und im Hinausgehen — er hielt ihr höflich die Glastür auf — fragte er:

„Sie werden morgen eine Partie unternehmen?“

„Partie“ — was verstand man darunter hier in Luzern?

„Eine Hochtour, nicht?“ tastete sie vorsichtig.

„Kennen Sie den Rigi? — Nein? — Oh, den dürfen Sie sich auf keinen Fall entgehen lassen.“

„Natürlich nicht!“

Bisher hatte sie ängstlich mit den Pfennigen gerechnet. Man wollte doch noch etwas berausparen für zu Haus. Und so eine Rigifahrt kostete doch viel Geld... aber durfte man sich so kleinbürgerlich abschließen?

„Ich fahre übrigens auch — mit dem Neunuhr-Dampfer“, erklärte er.

Verbeugte sich und trat mit einer Zigarre ins Freie.

Till atmete erleichtert auf, und doch tat es ihr ein bißchen leid. Sie war so ange-regt — und so allein.

Till trat vor den Palmeneingang. Sterne funkelten hoch im Blau... Vom Pilatus, vom Stanserhorn, vom Bürgerstock glitten Scheinwerfer über den See... Ein paar Schritte von der Freitreppe entfernt ging's auf den Dachgarten des tiefer gelegenen Wirtschafts- und Gästehauses des Belle Rive. Kies knirschte. An der Brüstung

stand eine schlanke Gestalt im Smoking. Till spürte heftiges Verlangen, auch dort zu stehen und auf den See hinabzuschauen, der sich tief zu Füßen breitete... und zu träumen... Aber sie wußte nicht, ob sich das schickte.

Traurig starrte sie ins Leere. Drehte sich langsam um und ging an den Plaudernden vorbei.

Am kleinen Büfenster saß Alice, die Saaltochter, rechnete und rief ihr ein höfliches Gute Nacht zu.

Schon auf der ersten Treppenstufe, trat Till noch einmal zurück.

„Das Fremdenbuch?“ fragte sie.

Alice reichte es ihr — sie blätterte.

Da stand der Name: Remigy, Alexander. Geburtsort: Dalhousie, Himalaja.

Wie? Was? In Indien? — Und sprach deutsch wie ein Deutscher?

Till riet Rätsel, als sie die Treppe hinaufstieg.

Frühling an der Nordsee

Und so geschah's — die Professorin Lili fuhr an die See. Sie saß auf einer Bank am Kai. In einer halben Stunde fuhr ihr Schiff nach Norderney. Möwen fatterten weiß und grau um sie her. Sie saß in aller Frühlingssonnenherrlichkeit und wartete. Wartete und sann. Nie war warten so schön gewesen.

Jetzt mußte Till am Mittelmeer sein. In Genua.

Und in Gedanken ließ sie bunte Bilder an sich vorbeiziehen. Till würde gewaltige Stätten sehen.

Genua, die Königin der Levante. Neapel, die Schönheitsprangende. Vielbegehrte unter der Feuerkrone des Vesuvus. Sizilien. Die Straße von Messina. Athen. Und darüber die Akropolis... die weiße, unsterb-

liche Tempelburg der Aphrodite! Und schließlich Venedig, die alte Dogenstadt am Canale Grande...

Dort drunten im Süden leuchtete die Sonne heißer, blühten die Gestade bunter und üppiger. Hier oben wuchs ein herberes Geschlecht, dort unten war das Leben leichter, die Liebe wilder und leidenschaftlicher.

Ach, die Liebe...

Frau Lili schloß für eine Minute die Lider und träumte zurück, zurück in eine Zeit, da auch in ihrem Herzen einst eine junge Liebe ungebärdig nach Erfüllung rang... eine junge, dumme Kleinmädchenliebe, wie sie dachte — und die doch noch lebte im gläsernen Schrein der Erinnerung, über eine verständlich-kühle Ehe hinweg und über Krieg und Not.

Sie lächelte — es war ein nachsichtiges Lächeln — und legte die rosenrote Erinnerung an den Jugendfreund Ernst Goellner zurück in den gläsernen Schrein.

Was ist Liebe? Ein Traum, der spurlos zerfällt, wenn man ihn hinüberretten will ins nüchterne Tageslicht. War sie nicht glücklich gewesen mit Rolf Rheydt? Glück-lich und zufrieden im stillen Hafen einer freundlichen Ehe...

Eine salzige Brise wehte von der See her. Es duftete nach Fischerkähnen; große, braunrote Segel trieben hinaus. Tangflut breitete sich über Hafen und Mole.

Herb und hart war hier alles.

Leicht nickte Frau Lili vor sich hin. Es war schon so, sie hatte es richtig gefühlt: Sie gehörte nicht dort unten hin, an den üppigen Strand des ewig sonnigen Mittelmeeres, an die weiche Wiege der Völker...

Sie gehörte hierher, in den herben Norden.

Fortsetzung folgt